

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht besucht Betriebsrat des ZSP

Berlin/Viernheim, November 2008 – Bei einem Gespräch mit dem Betriebsrat des Zentrums für Soziale Psychiatrie Bergstraße (ZSP) in Heppenheim erkundigte sich die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) über die Situation des Krankenhauses und seine personelle und finanzielle Ausstattung. Eingeladen hatte sie der Vorsitzende des Betriebsrat Dieter Marschall.

Der Betriebsrat des ZSP vertritt 570 Beschäftigte. Marschall machte in dem Gespräch deutlich, dass das ZSP wie andere Kliniken unterfinanziert sei. „Durch die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist eine patientenorientierte und sichere Versorgung der uns anvertrauten Menschen gefährdet“ so Marschall. „In manchen Fällen haben Krankenhäuser, die bis 2006 noch über ausreichend finanzielle Rücklagen verfügten, binnen kurzer Zeit diese zum Erhalt der Einrichtung aufgebraucht bzw. aufbrauchen müssen und kämpfen jetzt ums Überleben. Auch unser Haus, welches erst vor kurzem in eine gGmbH umgewandelt wurde, ist davon betroffen“.

Die sich immer mehr verschärfenden Arbeitsbedingungen für die Krankenhausbeschäftigten führten seit Jahren zum Anstieg der krankheitsbedingten Ausfälle bzw. zum Ausstieg von Fachpersonal machte Marschall klar. Überlastungsanzeigen und nicht abbaubare Überstunden häuften sich. „Gestresste und ausgebrannte Beschäftigte aller Berufsgruppen sind eine Folge. Junge Fachkräfte zieht es ins Ausland, weil man ihnen dort bessere Arbeitsbedingungen, leistungsgerechte Vergütungen und langfristige Arbeitsverhältnisse bietet“ so Marschall.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

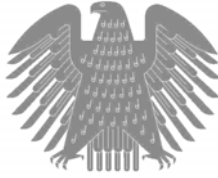
Presseinformation

Auch stelle die Klinikleitung wegen des gedeckelten Budgets nur befristet Beschäftigte ein. Arbeitsverträge von 6 Monaten seien dabei keine Seltenheit. „Wegen des massiven betriebswirtschaftlichen Drucks sollen die Kosten der sog. Servicebereiche in absehbarer Zeit gesenkt werden, was nur durch Privatisierung oder Ausgliederung und dem damit verbunden Einsatz von Billiglohnkräften umgesetzt werden kann“ warnte Marschall. „Die jetzigen Geringverdiener sind in der Folge auf noch größere Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen“.

Lambrecht machte deutlich, dass ihr die Probleme der Finanzierung der Krankenhäuser sehr wohl bewusst seien. „Aus diesem Grund haben wir das Krankenhausfinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht“, so Lambrecht. „Darin ist auch eine verbesserte Finanzierung der Psychiatrie vorgesehen, um die Personalbesetzung in der Psychiatrie zu optimieren. Es wird ein neues Fallpauschalensystem speziell für Psychiatrische Kliniken entwickelt, das auch einen verbesserten Personalschlüssel ermöglichen soll. Die Psychiatriepersonalverordnung bleibt bestehen, wird aber dann angepasst. Darüber hinaus werden ab dem Jahr 2009 die tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen zu 50 Prozent anteilig durch die Krankenkassen refinanziert. Das entlastet die Krankenhäuser.“

Die Betriebsratsmitglieder bewerten den Gesetzentwurf als einen Schritt in die richtige Richtung, der allerdings keine personellen Erweiterungen für die psychiatrischen Kliniken mit sich bringen werde, da die Refinanzierung der Lohn und Gehaltssteigerungen nach wie vor zu 50% von den Kliniken zu tragen sein werde. Die Arbeitgeber würden darauf weiterhin mit massivem Stellenabbau reagieren.

Auch sei man in den psychiatrischen Kliniken sehr enttäuscht, weil die im Gesetzesentwurf in Aussicht gestellte Neuschaf-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

fung von 21.000 Pflegestellen nur die Allgemeinkrankenhäuser betreffe, somit keine Entlastung für die Psychiatrien bedeute.

Die Betriebsratsmitglieder und Christine Lambrecht äußerten aber übereinstimmend die Hoffnung, dass diese Maßnahmen die Situation im ZSP Bergstraße und in anderen Kliniken verbessern werden und beschlossen, in regelmäßigem Kontakt zu bleiben.



Das Foto zeigt die Mitglieder des Betriebsrats mit Christine Lambrecht.